

Die Pflicht zur Arbeit.

Von
Georg Münch.

Mehr als ein Dutzend Jahre ist's her, da äußerte sich mir gegenüber der alte Wilhelm Kollmann, den ich auf seiner Bismarckhütte besuchte, im Gespräch über Arbeiterverhältnisse dahin, daß jeder arbeitswillige Bürger eines Staates ein Recht auf Beschäftigung habe; ein gut geleitetes Staatswesen müsse es als Pflicht betrachten, diesen Anspruch seiner Angehörigen zu erfüllen, indem es für alle Gewerbe Daseinsbedingungen schafft, die eine freie Entfaltung ermöglichen. In den seitdem verflossenen langen Friedensjahren ist im Deutschen Reiche, ungeachtet der stetigen, starken Bevölkerungszunahme, eigentliche Arbeitsnot eine unbekanntere Erscheinung geblieben. Landwirtschaft, Industrie und Handel nahmen einen gewaltigen Aufschwung, unsere Beziehungen zu den fremden Märkten reckten und dehnten sich ins Ungeheure, und Hand in Hand damit ging eine Hebung des Wohlstandes unseres Volkes, woraus sich wiederum eine kräftige Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des heimischen Verbrauchs für alle nur erdenklichen Gegenstände ergab. Jäh hatte der Kriegsausbruch dieses glückliche Bild gestört. Im ersten Schrecken über das furchtbare Geschehnis fanden zahlreiche Betriebsbeschränkungen oder -Einstellungen und im Zusammenhang damit Arbeiterentlassungen statt. Statistisch trat dies in dem Anschwellen der Zahl der Arbeitssuchenden hervor. Im August 1914 kamen nach den Feststellungen des Reichsarbeitsblattes auf je 100 offene Stellen 236 Arbeitssuchende, im Vergleich mit nur 144 im Juli des gleichen Jahres. Doch eben damals zeigte sich, was ein gesunder, elastischer Wirtschaftskörper vermag. Kaum ein paar Wochen vergingen, da war die Umstellung der Industrie auf die Kriegsbedürfnisse in vollem Gange. Was an der einen Stelle an Arbeitskräften überflüssig war, fand an der anderen Verwendung. Im September 1914 war das Verhältnis der Arbeitssuchenden zu den offenen Stellen schon auf 195, im Oktober auf 163, im November auf 151, im Dezember gar auf 131, also unter die Ziffer des letzten Friedensmonats gesunken. Damit war die grobe soziale Gefahr, die in Arbeitslosigkeit im Kriege gelegen hätte, beseitigt. Und je länger der Krieg währte, je mehr Köpfe und Hände die Landesverteidigung selbst für sich beanspruchte, desto fühlbarer wurde ein Mangel an Arbeitskräften auf vielen Gebieten. Vermehrte Heranziehung von Frauen und Jugendlichen schuf nach und nach auch hier einen erträglichen Ausgleich. Doch immer mehr Männer wurden im Heere gebraucht. Die Hartnäckigkeit der Feinde, die verbissene Wut, mit der sie sich gegen das Eingeständnis des deutschen Sieges sträubten, der Vernichtungswillen, den sie immer wieder gegen alles, was uns teuer ist, bekunden, lassen keinen im unmittelbaren Dienst des Vaterlandes entbehrlich erscheinen. Hat im Frieden der Staat die Pflicht, seinen Bürgern ihr Recht auf Arbeit zu gewährleisten, so hat jetzt im Kriege jeder Bürger die Pflicht, seine Arbeitskraft dem Staate zu widmen.

Wie dieser Grundsatz am besten in die Tat umzusetzen ist, darüber wird ja bald der Reichstag nach dem Vorschlage der Regierung zu entscheiden haben. Unsere Kriegsindustrie, im weitesten Sinne des Wortes, braucht, um den Anstrengungen der Feinde weiter erfolgreich die Spitze bieten zu können, neue Arbeiter. Um solche Hilfskräfte bereit zu stellen und zu halten, soll eine gewisse Arbeitspflicht eingeführt werden; die Regierung nimmt an, daß sich freiwillig hinreichende Kräfte zur Verfügung stellen werden; Zwangsmaßnahmen sind nur als letztes Mittel gedacht. Dieses verständige, durch die Stunde gebotene Programm wurde noch dahin ergänzt, daß eine Schmälerung des Einkommens ausgeschlossen und eine Ausdehnung der Arbeitspflicht auf die Frauen nicht beabsichtigt sei. Kurzum, es handelt sich darum, bisher brach liegende Kräfte mobil zu machen. Der Nutzen, den unsere Kriegführung davon hat, findet eine äußerst wertvolle Ergänzung darin, daß sich der Kreis der gut bezahlten industriellen Hilfskräfte ausdehnt, mehr Geld unter die Leute kommt und so die ganze Volkswirtschaft jetzt und für später gekräftigt wird. Mehr Arbeit, mehr Verdienst, mehr Gütererzeugung — das ist der Ausblick, den die Einführung der Arbeitspflicht eröffnet. Zu ihrer kleinstmöglichen Beurteilung liegt darum keine Veranlassung vor. Der Staat wendet sich nur unter dem Hinweis auf die Erfordernisse der ersten Zeit an den gesunden Sinn der Nation; er hat sich an unzähligen Stellen, draußen und daheim, im mutigen Kampf, im tätigen Handeln und im willigen Verzichtleisten auf vieles, was uns im Frieden unentbehrlich erschien, bewährt. Jetzt erinnert der Staat daran, daß auch in der Ausnutzung der Arbeitskraft jeder in erster Reihe an das zu denken hat, was dem Lande frommt. Je freier von Zwang sich diese weitere und — man darf sagen — nunmehr allgemeine Umstellung des Ganzen auf die Kriegsbedürfnisse vollzieht, desto besser. Wir haben bisher mit dieser Freiheit keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Das gilt vorzüglich für die Rolle, welche unsere Industrie in dem heutigen Kampfe um Deutschlands Sein oder Nichtsein erfüllt hat. Dieser Krieg wird nicht nur durch die Tapferkeit und die Nervenkraft der Kämpfer oder durch die finanzielle Kraft, die jedem Staate innewohnt, entschieden werden, sondern auch durch die industrielle Leistungsfähigkeit. Die Technik spielt bei dem, was draußen zu geschehen hat, oft die entscheidende Rolle. Der Geist aller Erfinder unter den Völkern wird gegeneinander aufgeboten. Und stolz kann es der Deutsche sagen, daß er auch in diesem Punkte bisher der Sieger geblieben ist. Die Feinde selbst haben es schon längst erkannt. Ja, aus ihrer Presse und den befreundeten amerikanischen Organen spricht schon seit einiger Zeit völlige Ratlosigkeit gegenüber dieser verblüffenden industriellen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Den tiefsten Eindruck scheint bei ihnen die Tatsache hinterlassen zu haben, daß Deutschland auch im Kriege den angrenzenden neutralen Staaten mit mancherlei Waren aus der Verlegenheit helfen konnte. Mit Hilfe der Handelstauchboote konnten wir sogar mit Amerika in solchen Verkehr treten. Darauf hat sich eine förmliche Legende aufgebaut: Die Deutschen hätten — so schrieb ein amerikanisches Fachblatt, „Bache Review“, — eine ungeheure Heilmarmee von Frauen, Kindern und alten Leuten aufgeboten, um Ausfuhrwaren so billig herzustellen, daß keinerlei Schutzzölle, auch nicht einmal die Amerikaner oder Rußlands, diese Flut nach dem Kriege eindämmen könnten. Die New-Yorker „Economic World“ sagt, Deutschland stapelt jetzt große Mengen von Stahl, Eisen, Farbwaren

usw. auf, um sie sogleich nach Friedensschluß auf den Weltmarkt zu werfen und sich so Geld zu machen. Ähnliches Geschwätz ließ sich „Evening Post“ melden. Das alles mag von englischer Seite vielleicht nur deshalb verbreitet werden, um in Amerika Stimmung für die denkbar höchsten Prohibitivzölle gegen Deutschland zu machen und das Land des Dollars in den britischen Wirtschaftskrieg hineinzuziehen. Nichtsdestoweniger beweisen diese anglo-amerikanischen Stimmen, welche höllische Achtung man vor dem Deutschen selbst jetzt hat, wo er als unmittelbarer Wettbewerber ausgeschaltet ist.

Dessen kann sich unsere Industrie ehrlich freuen. Es ist die beste Anerkennung ihrer glänzenden Leistungen im Kriege. Daß sie diese inmitten wachsender Arbeitsschwierigkeiten vollbracht hat, erhöht ihren Triumph. Doch es ist gut, daß der Staat ihr diese Probe nicht mehr ohne seine Hilfe zumuten will. Was er ihr auf der einen Seite für den Heeresdienst an Arbeitskräften entziehen muß, will er ihr auf der anderen Seite mittels der allgemeinen Arbeitspflicht für die Betriebe, an deren Ausbau er im Kriege ein Interesse hat, wieder zuführen. Nicht als ein Geschenk soll die Kriegsindustrie diese Verstärkungen empfangen, nein, die jetzt üblichen Lohnsätze soll sie dafür vergüten. Das liegt im Interesse der Industrie selbst. Der privatwirtschaftliche Charakter der Betriebe wird auf solche Art in keiner Weise berührt. Andernfalls käme mancher in die Versuchung, die Arbeitspflicht als eine Vorstufe für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie anzusehen. Sehr gewagt wäre es in der Tat, die heikle Frage der Verstaatlichung industrieller Betriebe jetzt im Kriege anzuschneiden. Die Erfahrungen, die wir gerade jetzt, Allen sichtbar, mit unserer Kriegsindustrie gemacht haben, sollten derartige Gedanken eigentlich nicht aufkommen lassen. Was unsere Rüstungsindustrie ist, hat sie sich im Laufe langer Jahrzehnte mit sehr großen Opfern erkauft. Der Pfad ihrer Erfolge ist ein dornenvoller. Und doch, ja eben deshalb ist die zähe, private Unternehmungslust auf ihrem Gebiete nicht zu unterbreiten. So war es und so wird es bleiben. Staatliche Verwaltung verstößt oft, ihrem ganzen Charakter nach, gegen einen wesentlichen wirtschaftlichen Grundsatz: „Diejenige Anwendung der Produktionsfaktoren“, sagt der Nationalökonom Wilhelm Roscher, „ist die produktivste, welche das größte Bedürfnis der Wirtschaft mit dem kleinsten Aufwande von Mitteln befriedigt. Da findet freilich ein ewiger Wechsel statt, ganz nach dem Wechsel der Bedürfnisse und Fähigkeiten.“ — Jeder Privatbetrieb wird selbstverständlich nach der Regel arbeiten, mit einem Mindestmaß von Aufwand ein Höchstmaß von Leistung herauszuholen. Er wird sich auch jeweils den neuen Erfordernissen rasch anpassen suchen. Der Apparat einer staatlichen Verwaltung wäre dem nicht gewachsen, auch dann nicht, wenn er eine Anzahl der fähigsten Köpfe sein eigen nennen könnte. Zwar klingt die Behauptung leicht verständlich, daß die Rüstungsindustrie wegen ihres hohen Wertes für den Schutz des Landes Eigentum des Staates werden müsse. Geht man aber der Frage zuleibe, so wird man bald ihre ganze Schwierigkeit gewahrt. Krupp's Geschützfabrikation — als Beispiel betrachtet — ist nur ein Teil dieses ungeheuren montanindustriellen Werkes, das alle möglichen anderen Erzeugnisse der Hüttenindustrie herstellt. Und ähnlich ist es bei den sonstigen Werken. Wo soll da die Verstaatlichung anfangen, wo soll sie aufhören? Alle diese Werke danken übrigens, wie unsere ganze Industrie, ihre Blüte nicht zuletzt dem Absatz, den sie sich im Frieden im Auslande errungen haben. Das machte sie stark und mächtig, wie es unser Volkseinkommen und Vermögen bereicherte. Deshalb kann auch die Gefahr, in friedlichen Zeiten an spätere Feinde deutsches Kriegsmaterial zu liefern, für den Gedanken der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie nicht entscheidend angeführt werden. Der internationale Wettbewerb, der auf jenem Gebiete stets sehr scharf zutage trat, hat bewiesen, daß sich in keinem Lande diese Industrie scheut, ihre Ware auf dem Weltmarkt anzubieten. Den Schneider-Creuzot und Vickers-Maxim, nicht uns, würden wir einen Dienst erweisen, wollten wir nach diesem Kriege unsere Kriegsmaterialausfuhr einstellen, bei der bestimmte Grenzen der Vorsicht stets beobachtet worden sind.

Der Begriff der Kriegsindustrie ist zudem heute schwerer denn je festzulegen. Ihr dient nicht nur der Hersteller von Kanonen, Gewehren und Geschossen, sondern das ganze Heer der Eisen- und Kohlenerzeuger, die Maschinen- und die Elektrizitäts-, die chemische, die Bekleidungsindustrie und vieles andere; ja, der letzte Bauer, der mit seinem Pfluge den Acker bestellt, er arbeitet ebenfalls für die erfolgreiche Durchführung auch unseres technischen Kampfes mit einer feindlichen Welt. Kein Geringerer als Hindenburg hat auf diesen Zusammenhang in seinem Schreiben an den Reichskanzler hingewiesen: „Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen . . . Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbräuche zuzuführen.“ — Straffes Erfassen der vorhandenen Kräfte, inniges Zusammenarbeiten Aller ist das Ziel, das uns als etwas Selbstverständliches vor Augen steht. Jeder muß bereitwillig seine persönlichen Interessen dem Ganzen opfern.

Indem wir uns solchen Zwang auferlegen, dürfen wir hoffen, daß der Plan Englands, den Krieg zu verschleppen und uns so zu zermürben, durch neue entscheidende Schläge vereitelt wird. Der Frieden würde damit näherücken. Je freiere Grundlagen alsdann das gewerbliche Leben vorfinden wird, desto schneller wird es sich an die Forderungen einer neuen Zeit, die wahrlich sehr hohe sein werden, anpassen. Die Schaffensfreudigkeit des Einzelnen wird man dabei nicht entbehren können. Die ins Ungeheure gesteigerten geldlichen Verpflichtungen des Staates werden nur von einem arbeitsfrohen Volke getragen werden können. Wie der Staat jetzt die Arbeitspflicht, so wird der Bürger alsdann wieder sein Recht auf Arbeit geltend machen. Es wird ihm werden, wenn nützlicher Betätigung keine hemmenden Schranken gezogen sind, wenn das Wohl des Ganzen mit dem des Einzelnen in kluger Weise abgestimmt ist.